

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Juni 2014 | Nummer 2



Jenische Alltagskultur

«Analphabeten gibt es nicht»

Ihr Bild in der Öffentlichkeit ist meist negativ: Schweizer Jenische seien ungebildet und die familiäre Rollenverteilung in den 50er Jahren stehen geblieben. Ein Besuch bei der Jenischen Familie Gerzner zeigt ein anderes Bild.

Die Sonne weicht immer mehr dunklen Wolken. Regen zieht auf über dem Campingplatz im Tessiner Ort Cadenazzo. Sandra Gerzner kocht das Mittagessen für ihre Familie auf einem mobilen Gasherd. Risotto mit Spargeln. Gekocht wird unter dem Vorzelt des Wohnwagens. Aufgeregt springen ihre zwei Kinder herum. Wer die Szene auf dem Campingplatz aus Distanz beobachtet, vermutet eine Familie in den Ferien. Doch: diese Familie ist weder in den Ferien noch für ein spontanes Camping-Wochenende ins Tessin ge-

kommen. Der Campingplatz ist ihr Zuhause auf Zeit.

Gerzners sind Schweizer Jenische, ein fahrendes Minderheiten-Volk. Sie halten es nie lange aus am gleichen Ort. «Unser längster Aufenthalt am Stück war sechs Wochen», erzählt die Freiburgerin. Bereits ihre Eltern, Grosseltern und Ur-Grosseltern zogen mit dem Wagen durch das Land. «Seit mindestens zehn, wenn nicht sogar 15 Generationen sind wir Reisende». Jenisch werde man nicht, Jenisch sei man.

Vorurteile und Mangel an Wissen

Doch: Noch immer kämpfen Jenische in der Schweiz gegen Vorurteile und für kulturelle Anerkennung. «Viele Schweizer wissen gar nicht, dass es in ihrem Land Menschen gibt, die nicht sesshaft sind»,

Ludovic und Sandra Gerzner mit ihren beiden Kindern Samuel und Amelia vor ihrem mobilen «Einfamilienhaus» auf dem Campingplatz in Cadenazzo im Tessin.

Foto: Philipp Bürkler



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**

so die zweifache Mutter. Jenische Kultur werde weder in Schweizer Geschichtsbüchern noch an Schulen vermittelt, Jenische Literatur in öffentlichen Bibliotheken meist unauffindbar. «Unsere Kultur wird ausgeblendet». Mitverantwortlich für das gesellschaftliche Unwissen und die verbreiteten Vorurteile gegenüber «Reisenden» seien auch die Medien mit teilweise negativer oder gar diskriminierender Berichterstattung. Oft würden Jenische als rückständig und ungebildet dargestellt. Dem pflichtet auch Sandra Gerzners Ehemann Ludovic bei. «Eine Zeitung schrieb, wir seien auf dem geistigen Niveau eines Viertklässlers. So etwas zu lesen tut schon weh», sagt der Vater mit Freiburger Wurzeln.

Auf den Vorwurf des Analphabetismus' schüttelt Sandra Gerzner den Kopf und muss gleichzeitig lachen. Unter der älteren Generation könnten fehlende Schreib- und Lesefähigkeiten noch vorkommen, «aber sonst gibt es keine Analphabeten mehr unter uns». Auch ihre beiden Kinder Samuel und Amelia «kommen in der Schule sehr gut mit und sind bestens integriert». Die beiden Kinder besuchen während den Wintermonaten die Schule, den Sommer über werden sie von der Mutter unterrichtet. Falls ihre Kinder aufgrund einer Lehre oder eines Studiums nicht mehr die Tradition des «Fahrens» leben könnten, würde für die Familie keine Welt zusammenbrechen. «Ich kenne viele sesshafte Jenische, die arbeiten oder eine Ausbildung machen».

«Wir ziehen dann an einen anderen Ort, wenn mein Mann Ludovic keine Arbeit mehr hat.»

Gemeinsam entscheiden

Während sich Sandra Gerzner um die Kinder und den Haushalt kümmert, geht ihr Mann als Scherenschleifer einem sehr traditionellen Jenischen Beruf nach. Er kann in fast jeder Region seit Jahren auf eine solide Stammkundschaft zählen. Trotzdem gibt es als Scherenschleifer nicht Arbeit im Überfluss.

Die Arbeit bestimmt deshalb die Dauer der jeweiligen Aufenthalte. «Wir ziehen dann um, wenn Ludovic keine Arbeit mehr hat». Über den Weiterzug entscheide deshalb ihr Mann. «Alles andere entscheiden und diskutieren wir gemeinsam».

Sandra Gerzner ist eine der wenigen Jenischen Frauen in der Schweiz, die sich auch politisch engagiert. Gemeinsam mit ihrem Mann hat sie im vergangenen Herbst die «Bewegung der Schweizer Reisende» mitgegründet. Neben kultureller Anerkennung kämpft sie vorwiegend für Stand- und Durchgangsplätze. Davon gibt es in der Schweiz zu wenige – und immer weniger. «In den Medien ist oft von 44 Durchgangsplätzen die Rede, tatsächlich sind es aber nur deren 14», sagt Sandra Gerzner. Einmal habe sie mit ihrer Familie sogar auf einen österreichischen Campingplatz ausweichen müssen, weil es in der Schweiz keinen Platz gab. «Wir sind Schweizer und müssen ins Ausland, das stimmt mich nachdenklich», sagt sie.

Technologischer Wandel

Die Kultur der Jenischen wandelte sich in den vergangenen Jahren. Auch technologisch ist nichts mehr wie früher. «Unsere Eltern hatten beispielsweise noch keine Stromheizung und auch keine Toilette in ihrem Wohnwagen». Heute ist das eine Selbstverständlichkeit. «Das Leben ändert sich überall, auch unsere Kultur ist moderner geworden», sagt Sandra Gerzner. Auch die Möglichkeiten neuerer Kommunikationsmittel ermöglicht es Jenischen, sich untereinander besser auszutauschen. «Wir benutzen Internet, Facebook und Twitter», sagt Ludovic Gerzner. Wenn es irgendwelche Probleme gebe, «wissen andere Jenische in anderen Landesteilen innert Minuten davon».

Während er auf sein Smartphone tippt und Fotos von verschiedenen Durchgangsplätzen zeigt, ziehen von Locarno her wieder Wolken auf und bringen Regen mit. Es ist Wochenende. Gerzners wissen noch nicht, wohin sie in den kommenden Tagen fahren. «Irgendwo hin», sagt Sandra Gerzner, «wir haben das im Blut, wir müssen bald weiterziehen».

Text: Philipp Bürkler

Respekt und Anerkennung für Jenische, Roma und Sinti

Seit 1998 werden die sogenannten «Fahrenden» in der Schweiz als nationale Minderheit anerkannt. Die Schweiz hat damals das Europäische Rahmenübereinkommen unterzeichnet, welches den Schutz von Minderheiten garantiert. Auch das überarbeitete Kulturförderungsgesetz verpflichtet den Bund seit zwei Jahren, sich stärker für die Kultur und Lebensweise der «Fahrenden» zu engagieren.

Die Realität sieht jedoch meistens anders aus. Noch immer mangelt es an Stand- und Durchgangsplätzen für «Fahrende». Ende April haben Jenische mit ihrer Pro-

testaktion in Bern auf den Platzmangel aufmerksam gemacht. Die Berner Polizei hat das von der «Bewegung Schweizer Reisende» organisierte Protestcamp auf der Kleinen Allmend auf entwürdigende Weise geräumt.

Die GfbV war als neutrale Beobachterin während des ganzen Protestes auf dem Platz und hat die Geschehnisse dokumentiert und in einem Communiqué die Polizeiräumung verurteilt. Gemeinsam mit Amnesty International bedauert sie die Eskalation und verlangt eine Aufarbeitung des Polizeieinsatzes.

«Fahrende» ist seit 1998 in der Bundesverwaltung ein stehender Begriff. Diese Bezeichnung wird den einzelnen Minderheiten (Jenische, Roma, Sinti) jedoch nicht gerecht, da sie zu allgemein ist. Minderheiten-Organisationen verlangen deshalb, den Begriff «Fahrende» durch die entsprechende ethnische Bezeichnung wie Jenische, Roma oder Sinti zu ersetzen. (pb)



«Wir mussten schon nach Österreich ausweichen, um einen Platz zu finden. Das stimmt mich nachdenklich.»

Die zweifache Mutter Sandra Gerzner hat im Herbst 2013 die «Bewegung Schweizer Reisende» mitgegründet.

Foto: Philipp Bürkler

Stopp Antiziganismus

Anfangs April hat die GfbV zusammen mit VertreterInnen der Jenischen, Roma und Sinti, Bundesrat Alain Berset in einem Brief zu mehr Engagement aufgefordert. Die Organisationen fordern den Bundesrat auf, eine Task Force einzurichten. Diese soll mit Vertretern von Bund, Kantonen sowie Jenischen, Sinti und Roma dafür sorgen, das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten umzusetzen.

Um der Aufforderung Nachdruck zu verleihen, haben 45 Nationalrätinnen und Nationalräte unter der Federführung von Silva Semadeni (SP) und Aline Trede (Grüne) eine Motion beim Bundesrat eingereicht. Die von links bis rechts abgestützte Motion verlangt vom Bundesrat ebenfalls eine Task Force, um das Europäische Rahmenübereinkommen umzusetzen. Das zuständige Bundesamt für Kultur hat die Koalition nun zu einem runden Tisch eingeladen.

Sensibilisierungsbedarf besteht auch bei den Medien und der Öffentlichkeit. Eine im vergangenen Dezember veröffentlichte Studie der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) wirft ein düsteres Bild auf die Medien. Die Antiziganismus-Studie kommt zum Schluss, dass in rund der Hälfte aller Berichte Pauschalisierungen verwendet werden. Jeder achte Bericht ist sogar diskriminierend. Kriminalität, Prostitution und Asylmissbrauch sind Begriffe, die oft in einem Atemzug mit Roma genannt werden.

Das von den Medien vermittelte Bild über Jenische, Roma und Sinti hält sich offenbar auch in der Bevölkerung. Ausgrenzung und Diskriminierung sind keine Seltenheit, die sich auch in Abstimmungen niederschlägt. Am 18. Mai haben die Stimmberechtigten der St. Galler Gemeinde Thal den Bau eines Durchgangplatzes für «Fahrende» abgelehnt. Mit 1183 zu 1056 Stimmen wurde die Zonenplanänderung verworfen.

Die GfbV hat im April die Kampagne «Stopp Antiziganismus – Respekt und Anerkennung für Jenische, Sinti und Roma» gestartet. (pb)

VOICE

Impressum: VOICE 2-2014, Juni 2014

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker, Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch

Redaktion: Philipp Bürkler (pb)

Mitarbeit an dieser Nummer: Christoph Wiedmer (cw), Angela Mattli (am), Anna Friedli (af), Yves Bowie (yb), Philipp Bürkler **Layout:** Philipp Bürkler

Erscheinungsweise: vierteljährlich **Auflage:** 10'000

Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf

Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.–/

Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/ Jahr

«Sie drohen uns mit dem Tod»



Máxima Acuña de Chaupe: die 47jährige kämpft in Peru um ihr Land.

Foto: Philipp Bürkler

Die Peruanerin Máxima Acuña de Chaupe und ihre Tochter Ysidora kämpfen um ihr Land. Die grösste peruanische Goldproduzentin Minera Yanacocha will ihnen das Land wegnehmen, um darauf die neue Mine «Conga» zu bauen. Pikant: die weitaus grösste Käuferin des abgebauten Goldes ist die Schweizer Raffinerie Valcambi. Im Mai haben Acuña de Chaupe und ihre Tochter die Schweiz besucht, um in Genf bei der Uno auf ihr Problem aufmerksam zu machen.

Máxima, Sie kämpfen um ihr eigenes Land. Wie stehen Sie den Kampf gegen die grosse Firma Yanacocha überhaupt durch?

Máxima: Die Misshandlungen und Quälereien, die wir durch Yanacocha erfahren, stärken meinen Willen, Kraft zu haben, um für unsere Rechte zu kämpfen und nicht aufzuhören. Die meiste Kraft gibt uns Gott, der uns hilft, das alles auszuhalten gegen die Leute, die hierherkommen und Gewalt anwenden.

GfbV: Leute von Yanacocha und auch Polizeikräfte kommen immer wieder zu Ihrem Haus und fordern Sie auf zu gehen. Was passiert bei solchen Besuchen genau?

Máxima: Sie beschimpfen, schlagen und misshandeln uns oder drohen uns sogar mit dem Tod. Sie behandeln uns wie Tiere. Es ist schon vorgekommen, dass sie uns unsere Kleider und andere Gegenstände weggenommen haben. Wir fragen diese

Leute jeweils, uns ein behördliches Dokument zu zeigen, das sie berechtigt, uns als ländliche und indigene Familien so zu behandeln. Falls eine offizielle Berechtigung vorliegen würde, müssten wir uns dem Gesetz beugen. Aber eine solche Autorisierung existiert nicht.

GfbV: Was geben diese Leute denn als Begründung an?

Máxima: Die Yanacocha-Betreiber sagten uns, sie würden unser Land entwickeln und schauen, dass alles zum Guten komme. Was genau sie mit «Entwicklung» meinen, haben sie uns nicht gesagt. Sie sagten, unsere Männer könnten für die Mine arbeiten, Erde ausheben oder graben. Auch meinem Mann wurde ein Arbeitsvertrag angeboten. Den Frauen versprechen sie Geld,

«90 Prozent der Menschen in der Provinz haben Blei im Blut.»

damit sie in ein Hotel in der Provinzhauptstadt Cajamarca wohnen gehen. Mit Entwicklung hat das nichts zu tun. Ich weiss von Familien, denen Nahrungssicherheit zugesichert wurde, falls sie für Yanacocha arbeiten. Die Familien wurden anschliessend jedoch im Stich gelassen. Das Unternehmen spaltet und zerstört Familien. Yanacocha nutzt auch den verbreiteten Analphabetismus aus. Den Menschen werden neue Hosen oder Schuhe angeboten, falls sie ein Papier unterschreiben. Oft unterschreiben die Leute ahnungslos einen Vertrag, der ihr Land Yanacocha überschreibt.

GfbV: Käme für euch ein Wegzug in Frage, falls Yanacocha sein Verhalten ändern würde?

Ysidora: Wir wollen unser Grundstück nicht verlassen und auch nicht vertrieben werden. Wir wollen unsere schönen Berge, das Wasser, die Tiere und die Freude geniessen. Unser Leben ist freier als in einer Stadt, wo es auch gefährlicher ist. Meine

Eltern können beide weder schreiben noch lesen. Ein Überleben in einer Stadt wäre für sie unmöglich. Yanacocha ist seit rund 20 Jahren in der Region Cajamarca. Seither haben Korruption, Zerstörung, Gewaltdrohungen und Morde zugenommen. Anders sähe es aus, wenn Yanacocha in unsere Zukunft investieren würde, beispielsweise durch den Bau von Schulen für Kinder. Aber das Unternehmen will uns nur ausnutzen und uns in die Irre führen.

GfbV: Wer unterstützt euch im Kampf gegen Yanacocha?

Ysidora: Einerseits werden wir von der Menschenrechtsorganisation Latin American

Mining Monitoring Programme (LAAMP) in London unterstützt. Andererseits steht unsere gesamte Familie hinter uns. Sogar mein Onkel, der Bruder meines Vaters, der in Lima wohnt, unterstützt uns. Auch er sagt, wir sollen hier nicht weggehen.

GfbV: Neben dem sozialen Elend bedroht das Minen-Projekt auch die Landschaft und die Gesundheit der Menschen.

Ysidora: Gott hat uns die Erde gegeben, um sie zu beschützen und zu bewirtschaften und nicht um sie zu zerstören. 90 Prozent der Bevölkerung in der Provinz Cajamarca, die nahe der Mine lebt, hat Blei im Blut. Das Wasser ist mit Chlor und Blei verunreinigt.

Daneben sind 22 Bergseen bedroht, Seen, die für die Menschen enorm wichtig sind.

GfbV: Gibt es neben Yanacocha noch weitere Industriezweige in eurer Region Cajamarca?

Ysidora: Arbeit gibt es eigentlich genug. Wir haben eine Industrie, eine Agrarwirtschaft sowie zahlreiche Molkereien. Die Region Cajamarca hat am meisten Molkereien in ganz Peru. Warum sollen wir auf die Mine warten? Es gibt genug andere Möglichkeiten, andere Wege, andere Firmen. Wir kommen vorwärts, auch ohne die Minen.

Interview: pb, af, cw

Schweizer Goldraffinerien sollen Verantwortung übernehmen

Im März haben sich an der Baselworld, der weltgrössten Schmuck- und Uhrenmesse, die grossen Produzenten und Verarbeiter von Gold getroffen. Die GfbV nutzte den Anlass, um auf die verheerende Lage der betroffenen Bevölkerung sowie die Verstrickung von Schweizer Raffinerien hinzuweisen.

Gold des in Basel verkauften Schmucks enthält mit grosser Wahrscheinlichkeit auch Gold aus der Amazonasregion «Madre de Dios» in Peru. Dort, wo früher dichter Regenwald stand und mäandrierende Flüsse ihre Schlangenlinien zogen, liegen heute gelbe, braune und grüne Tümpel aneinandergereiht, in denen schwitzende Goldwäscher mit Pumpen den sandigen Boden wegspülen. Die Menschen wälzen für wenige Gramm Gold pro Tonne Erde Zehntausende Hektaren Regenwaldboden um. Die Situation hat weitreichende Folgen für Mensch und Umwelt. Unsachgemässer Gebrauch von Quecksilber vergiftet die Umgebung, und mit den Goldwäschern kommen Gewalt, Prostitution und Kinderarbeit in die Region. Auch Naturschutzgebiete und Indigenenreservate sind durch den Abbau von Gold bedroht.

Die GfbV hat in ihrem sorgfältig recherchierten «Gold-Bericht» nachgewiesen, dass auch Schweizer Raffinerien an der Situation in Peru mitverantwortlich sind. Der Bericht

zeigt, dass die beiden Schweizer Raffinerien Pamp und Metalor von äusserst dubiosen Firmen Gold bezogen haben, denen Geldwäsche und Aufkauf von illegalem Gold vorgeworfen wird. Im Falle der peruanischen Exporteure E&M und AS Perú stoppte die Neuenburger Metalor den Kauf des schmutzigen Goldes erst, nachdem sie von Journalisten mit den illegalen und zerstörerischen Aktivitäten der Goldproduzenten konfrontiert wurden. Dies, obwohl die Raffinerien immer wieder betonen, wie sorgfältig sie die Herkunft des Goldes überprüfen würden.

Eine weitere Schweizer Raffinerie, die Tessiner Valcambi, bezieht rund zwei Drittel des Goldes von der grössten peruanischen Goldmine Yanacocha. Seit Jahren gibt es grosse Proteste gegen die Goldmine. Bei einem der Proteste wurden vor knapp zwei Jahren sogar fünf Personen von den nationalen Sicherheitskräften getötet. Damals wie heute hat die Mine Yanacocha einen Vertrag mit der peruanischen Polizei. Dieser erlaubt es Yanacocha, jederzeit Polizeieinsätze zu beantragen, um die Proteste zu beenden. Die Mine unterstützt die Polizeieinsätze logistisch und finanziell.

Trotz dieser Tatsache sieht die Tessiner Raffinerie Valcambi keine Menschenrechtsverletzungen seitens Yanacocha. Die Vorwürfe seien haltlos, heisst es.

Als Reaktion gab die GfbV der peruanischen Menschenrechtsverteidigerin Maxima Acuña de Chaupe eine Stimme. In Bern beschrieb sie eindrücklich die massiven Übergriffe der Goldfirma und der Sicherheitskräfte gegen sie (siehe Interview). Pikant: Sowohl Valcambi als auch Yanacocha werden von demselben Goldkonzern kontrolliert: der amerikanischen Newmont Mining. Dieser Konzern präsentiert sich im Internet als äusserst verantwortliches Unternehmen.

Die GfbV fordert mit Nachdruck die Schweizer Raffinerien auf, eine seriöse Sorgfaltsprüfung bezüglich ihrer Produzenten durchzuführen. Weiter sollen sie kein Gold mehr von schlechten Produzenten beziehen und Einfluss nehmen, damit sich die Menschenrechtslage verbessert und die Umwelt geschont wird. Zudem soll die Transparenz der gesamten Goldlieferkette gewährleistet und alle Goldproduzenten veröffentlicht werden, von denen die Raffinerien ihr Rohmaterial beziehen.

Text: Christoph Wiedmer

Der GfbV-Bericht: «The responsibility of the gold refineries in human rights violation and illegal activities in Peru» kann bei der GfbV bezogen werden.

Sri Lanka – Menschenrechte unter Beschuss

In einer Resolution verlangt der UN-Menschenrechtsrat eine internationale Untersuchung der Kriegsverbrechen in Sri Lanka. Als Reaktion darauf hat die sri-lankische Regierung die Repressionsschraube gegen Menschenrechtsverteidiger/-innen sowie Diaspora-Organisationen angezogen.

Gemäss UNO-Berichten sollen 2009, in der letzten Phase des Krieges, 40'000 bis 70'000 Menschen getötet worden sein. Da sich die sri-lankische Regierung mehrmals geweigert hatte, die Kriegsverbrechen aller Kriegsparteien unabhängig untersuchen zu lassen, wurde am 27. März im UNO-Menschenrechtsrat eine entsprechende Resolution mit 23 zu 12 Stimmen (bei 12 Enthaltungen) verabschiedet. Mahinda Rajapaksa, der Präsident Sri Lankas, lehnt die Resolution mit der Begründung ab, diese gefährde den eigenen Aufarbeitungs- und Versöhnungsprozess. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat am 18. März im UNO-Menschenrechtsrat einen Side-Event zu Folter und sexueller Gewalt durchgeführt, um die Annahme der Resolution durch Bekanntmachung neuer Menschenrechtsverletzungen zu unterstützen.

Bereits vor der Verabschiedung der Resolution hat Sri Lanka die zwei bekann-

ten Menschenrechtsaktivisten Ruki Fernando und Rev. Praveen Mahesan unter dem «Prevention of Terrorism Act» (PTA) verhaftet. Ihnen wurde vorgeworfen, Informationen ins Ausland verkauft, die nationale Harmonie gefährdet und das Wiederaufleben der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) unterstützt zu haben. Sie wurden 48 Stunden ohne Zugang zu einem Anwalt festgehalten, bevor sie aufgrund des internationalen Drucks wieder freigelassen wurden.

Bereits vorher wurde die Aktivistin Jeyakumari Balendran, welche sich für politisch Verschwundene einsetzt, verhaftet. Sie soll dem mutmasslich neuen Chef der LTTE «Gobi» Unterschlupf und Unterstützung geboten haben. Vier weitere Frauen wurden ebenfalls verhaftet, weil ihnen Kontakt zu «Gobi» nachgesagt wird. «Gobi» wurde zusammen mit zwei weiteren vermeintlichen LTTE-Kämpfern von den Sicherheitskräften umgebracht.

Die GfbV sieht im Vorwurf d e s Wiedererstickens der LTTE einen Vorwand, um die Unterdrückung der Tamilen und die Militarisierung des Nordens aufrechtzuerhalten.

Zusätzlich hat die Regierung eine Liste mit 15 tamilischen Diaspora-Organisationen veröffentlicht, welche unter Terrorismusverdacht stehen. Unter ihnen sind auch in der Schweiz aktive Gruppierungen wie die «Swiss Tamil Coordination Committee» (TCC) und die «Tamil Youth Organisation» (TYO). Sri-lankischen Staatsbürger/-innen und politischen Parteien ist es ab sofort verboten, mit diesen Organisationen Kontakt zu haben.

Ende Mai gab das Bundesamt für Migration (BFM) bekannt, trotz verschlechterter Menschenrechtssituation die Sistierung des Wegweisungsstopps wieder aufzuheben. Die im Zusammenhang mit den Verhaftungen von zwei abgewiesenen Asylsuchenden aufgetretenen Verfahrensfehler konnten nach eigenen Angaben aufgeklärt und intern behoben werden. Zwar gab es eine Verschärfung des Risikoprofils, aber ob dies ausreicht, den Asylsuchenden aus Sri Lanka den nötigen Schutz zu gewähren, ist fraglich. Ausserdem gilt die Schweiz aufgrund der aktiven tamilischen Diaspora in den Augen der sri-lankischen Behörden als Risikoland.

Angesichts dieser angespannten Situation fordert die GfbV das BFM dringend auf, den Wegweisungsstopp wieder einzuführen. Nur so kann ein umfassender Schutz vor Willkür, Misshandlungen und Folter gewährleistet werden.

Text: yb, am



Foto: Beta, Moosmann

Roma im Kosovo: noch immer von der Heimat vertrieben

Auch 15 Jahre nach Kriegsende gelten tausende Roma, Ashkali und Ägypter aus dem Kosovo immer noch als «intern Vertriebene». Die Flüchtlinge leben in Camps unter prekärsten Verhältnissen.

Nach dem Ende des Kosovo-Krieges im Jahr 1999 wurden 134'000 Roma, Ashkali und Ägypter (RAE) aus dem Kosovo vertrieben. Einige Roma-Siedlungen wurden abgebrannt, unzählige Häuser zerstört oder durch Angehörige der albanischen Mehrheit besetzt. 60 Prozent der RAE, welche Kosovo zu diesem Zeitpunkt verlassen mussten, suchten in Ländern der Europäischen Union und in der Schweiz Asyl. Andere fanden in Flüchtlingslagern in Kosovo und in Serbien Schutz und wurden als so genannte «intern Vertriebene» registriert.

«Intern Vertriebene» – ein völkerrechtlicher Graubereich

«Intern Vertriebene» sind Personen, die gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Im Unterschied zu Flüchtlingen im rechtlichen Sinne überschritten sie auf der Flucht keine Staatsgrenze, sondern verblieben im eigenen Land. Im Fall Kosovo gelten Personen, die nach Serbien geflohen sind, ebenfalls als «intern Vertriebene». Status und Schutz von Binnenvertriebenen sind völkerrechtlich nicht klar geregelt; es gibt keine internationale Konvention zum Schutz «intern Vertriebenen» und auch keine rechtliche Definition des Begriffs. Die Leitlinien des UNO-Sonderbeauftragten zum Schutz der Menschenrechte «intern Vertriebenen» stellen einen internationalen Standard zum Schutz und zur Unterstützung der Betroffenen dar, sind jedoch nicht verbindlich.

Die Mehrheit der RAE kann nicht zurückkehren

In den vergangenen Jahren hat das Flüchtlingshochkommissariat UNHCR zusammen mit den kosovarischen Behörden die Möglichkeit der «internally displaced people» (IDP), an ihren ursprünglichen Wohnort zurückzukehren, mehrmals analysiert. Bis zum jetzigen Zeitpunkt konnten lediglich 14 Prozent aller vertriebenen Menschen in ihre Heimatdörfer zurückkehren. Viele der

Betroffenen fühlen sich aufgrund des persönlichen Sicherheitsempfindens und der fehlenden staatlichen Hilfe nicht in der Lage, heimzukehren. Sie ziehen es vor, in informellen Siedlungen zu leben und sich im neuen Wohnort zu integrieren.

Aus Rückkehrprogrammen ausgeschlossen

Laut Angaben des UNO-Sonderbeauftragten leben gegenwärtig rund 97'000 «intern Vertriebene» in Kosovo und Serbien. Davon sind Tausende RAE und gehören somit der verletzlichsten Gruppe an. In Kosovo selbst gelten gemäss UNHCR 17'283 Personen noch immer als «intern Vertriebene». Davon gehören 720 den Minderheiten der RAE an. Die grosse Mehrheit der RAE ist nicht gewillt, in ihre Heimat zurückzukehren und möchte in der neuen Umgebung längerfristig bleiben. Gemäss der kosovarischen Gesetzgebung haben «intern Vertriebene» Anrecht auf eine angemessene Wohnung, Sozial- und Reintegrationshilfe. Bis heute wurden viele RAE von diesen Programmen ausgeschlossen. Ihre Situation ist noch immer prekär. In vielen Fällen fällt es ihnen schwer, ehemalige Eigentumsrechte geltend zu machen. Der GfbV sind aber auch Fälle bekannt, wo die Ansprüche der RAE auf Wohnraum, Sozial- und Reintegrationshilfe aufgrund ethnischer Ressentiments bewusst verweigert wurden.

GfbV fordert den UNO-Menschenrechtsrat zum Handeln auf

Mit einer schriftlichen Stellungnahme im UNO-Menschenrechtsrat hat die GfbV den Repräsentanten des UNO-Generalsekretärs für die Menschenrechte «intern Vertriebenen» auf die prekäre Situation verbannter RAE aufmerksam gemacht und persönlich getroffen. Der Repräsentant wird während der kommenden Session des UNO-Menschenrechtstrates ebenfalls einen Bericht über die Situation «intern Vertriebenen» in Kosovo und Serbien präsentieren. Die GfbV fordert den UNO-Menschenrechtstrat auf, die Situation der RAE in den Bericht einzubeziehen und konkrete Massnahmen zu veranlassen, wie die unhaltbare Situation verbessert werden kann.

Text: Angela Mattli



Junge mit Velo im Flüchtlingslager Cesmin Lug in Kosovo.

Foto: Bernhard Sullivan

Yasuní-Park: Ein Traum ist geplatzt

Der Yasuní-Nationalpark in Ecuador ist eine der artenreichsten Gegenden der Erde. Ecuador wollte es daher seit 2007 unter Schutz stellen. Nun soll dort ab 2016 doch Erdöl gefördert werden. Die ecuadorianische Regierung hat einem staatlichen Konzern eine Lizenz für Bohrungen erteilt. Eine Vision ist damit gescheitert.

Die ecuadorianische Regierung hat im Mai 2014 der staatlichen Firma Petroamazonas EP die Lizenz erteilt, im Yasuní-Nationalpark ab 2016 Öl zu fördern. Im Erdölblock 43 und dem angrenzenden Block 31 werden rund 850 Millionen Barrel «schwarzes Gold» vermutet. Das sind 20 Prozent der Ölreserven Ecuadors.

Noch vor wenigen Jahren sah es danach aus, als ob die ecuadorianische Regierung den rund 890 Millionen Quadratkilometer grossen Dschungel ernsthaft schützen wollte. 2007 startete Präsident Rafael Correa die sensationelle ITT-Initiative. Die revolutionäre Idee war es, das Öl der Felder Ishpingo, Tambococha, Tiputini unter der Erde zu lassen und im Gegenzug von reichen Ländern 50 Prozent der entgangenen Gewinne zu erhalten. Der geforderte Betrag von 3,6 Milliarden Dollar kam jedoch nie zusammen, da es nicht gelungen war, genügend Geldgeber zu finden. «Die Welt hat uns im Stich gelassen», sagte Correa im vergangenen Sommer und erklärte die ITT-Initiative für gescheitert. Kritiker glauben jedoch, der Präsident habe bereits seit Jahren auf eine Ölförderung spekuliert und habe die Initiative deshalb nur halbherzig verfochten.

Doch die Ecuadorianer haben erkannt, welchen Wert der Nationalpark hat. Auf das Ende der ITT-Initiative formierte sich die Umwelt-Bewegung Yasunidos. Diese will mit einer Unterschriftensammlung die Pläne der Regierung verhindern. Gegen 700'000 Unterschriften wurden ge-

sammelt. Die verfassungsmässig nötigen 580'000 Unterschriften wurden weit übertroffen. Trotzdem erklärte die Regierung nur 360'000 für gültig, da viele unleserlich oder falsch ausgefüllt gewesen seien. Die nationale Wahlkommission entschied, dass die Unterschriftensammlung gescheitert sei. Die Initianten von Yasunidos sprechen von Betrug.

Die Pläne zur Ausweitung der Erdölförderung beeinträchtigen sowohl indigene Völker wie die Waorani, die seit Jahrzehnten unter der Ausbeutung der Ressource Öl leiden, als auch Völker, auf deren Land es bis heute noch keine Förderung gab, wie beispielsweise die Achuar. Der Wald ist zudem Lebensraum der Tagaeri-Taromenane, ein indigenes Volk, das ohne Kontakt mit der restlichen Welt freiwillig isoliert im Urwald lebt.

Besonders der Lebensraum der Waorani ist bedroht. In den Gebieten der Waorani dominieren Ölkonzerne das tägliche Leben. Die spanische Ölfirma Repsol beispielsweise regelt, wer in die an Förderanlagen grenzenden Dörfer fahren darf und wer nicht. Die Firmen dominieren die Lebensweise der Waorani. Das Volk ist politisch und kulturell zerrüttet und zunehmend zerstritten. Die Ölförderung bringt den Menschen vor allem Gesundheitsprobleme sowie soziale Probleme wie Alkoholismus und auch Gewalt in ihre Dörfer.

Noch ist nicht 2016, nach Öl gebohrt wird noch nicht. Trotzdem: sollte in den kommenden Monaten nicht noch ein Wunder geschehen, ist eine einzigartige Vision gescheitert.

Text: Philipp Bürkler



Grössenvergleich: Grün eingezeichnet ist der 982'000 Hektaren grosse Yasuní-Nationalpark.

Quelle: Wikipedia



Editorial

«Das sind Zigüner»: Mit dieser Bezeichnung wurden bis vor einigen Jahren leicht abschätzig Menschen beschrieben, die sich mit ihren Zelten und Wohnwagen am Waldrand einquartiert hatten. Die Berührungsängste und Vorurteile der Menschen im Dorf waren gross gegenüber «Fahrenden». Wer keine Wohnung hat, ist faul und unzuverlässig, so die landläufige Meinung von damals.

Heute ist die Situation zwar besser, aber noch nicht gut. Die rund 3500 «Fahrenden» in der Schweiz – die meisten von ihnen Jenische – kämpfen gegen gesellschaftliche Vorurteile und für soziale Anerkennung. An einem beliebigen Waldrand das Lager aufschlagen und von Polizei und Bevölkerung «geduldet» zu werden, ist heute nicht mehr möglich. Die von Kantonen und Gemeinden gekennzeichneten Plätze reichen nicht aus für 3500 Menschen. Es mangelt an Stand- und Durchgangsplätzen, und vorhandene Plätze sind oft unbenutzbar. Ende Mai haben Jenische in Bern daher für ihre Anliegen demonstriert. Ihr Protestcamp auf der Kleinen Allmend wurde nach wenigen Tagen von der Polizei unter entwürdigenden Massnahmen geräumt. Die Aktion war ein Mahnmal im Umgang der Schweiz mit ihren eigenen kulturellen Minderheiten.

Um existenzielle Fragen geht es auch bei der peruanischen Menschenrechtlerin Máxima Acuña de Chaupe. Sie ist in Peru zum Gesicht des Widerstandes gegen die mächtige Gold-Mine Yanacocha geworden. Das Unternehmen will ihrer Familie das Land wegnehmen, um darauf eine noch lukrativere Mine zu bauen. Yanacocha-Mitarbeiter oder Polizeikräfte werden oft gewalttätig gegen Acuña de Chaupe oder drohen ihr mit dem Tod.

Máximas Geschichte zeigt, wie multinationale Grossfirmen im 21. Jahrhundert mit Minderheiten umgehen, die ihnen in der Profitmaximierung im Weg stehen. Ohne grosse Gewissensbisse beteiligt sich auch die Tessiner Firma Valcambi indirekt an der sozialen Krise. Die Raffinerie produziert aus dem Yanacocha-Gold glänzende Barren, aus denen später auch Schmuck hergestellt wird. Damit stehen auch die Uhren- und Schmuckhersteller in der Pflicht.

Philipp Bürkler